

1. Partizipation

Die FDP steht für bürgerschaftliches Engagement – also das aktive Gestalten des eigenen Umfelds durch den Einzelnen. Deshalb unterstützen wir die (Förderung der) Partizipation und das ehrenamtliche Engagement durch Kinder und Jugendliche. Die Mitbestimmungsrechte der Schülerschaft in Form der Schülervertretung sind hierfür ein gutes und bewährtes Instrument. Die FDP fordert darüber hinaus im personellen, wirtschaftlichen und pädagogischen Bereich mehr Selbständigkeit für die Schulen, die durch den aktiven Austausch zwischen Lehrer-, Eltern- und Schülerschaft fortentwickelt werden soll.

Schule steht aber auch für Demokratievermittlung und Demokratieerfahrung. Die FDP unterstützt die Forderungen des Abschlussberichts der Enquete „Jugend und Politik“ (der Abschlussbericht ist im Internetangebot des Landtages unter http://www.landtag.rlp.de/Landtag/index.asp_als_Drucksache_14/4800 zu finden). Schule soll neben bewährten Instrumenten der Beteiligung (z.B. Schülervertretung, Schülerzeitungsprojekte) vor allem Politik erlebbar machen. Neben dem direkten Kontakt mit Politikern (z.B. im Rahmen des „Tags des politischen Gesprächs“) soll durch didaktische und pädagogische Aufbereitung im Sozialkundeunterricht Politik greifbar gemacht werden und Interesse und Verständnis an/für politische Entscheidungsprozesse(n) geweckt werden. Damit dies gelingt, muss auch die Lehrerbildung verstärkt Partizipation(sformen) zum Ausbildungsbestandteil machen.

2. Hochschule

Leistungsfähige Hochschulen eröffnen individuelle Chancen und zugleich wirtschaftliche Möglichkeiten in einem, vom durch die Globalisierung und der damit einhergehenden Entwicklung einer Wissensgesellschaft geprägten, Strukturwandel - dafür bedarf es einer optimierten Ausstattung und eines leistungsfähigeren Studienangebots. Rheinland-Pfalz hat hierzu seinen Beitrag geleistet und in Zeiten geringer werdender Einnahmen zusätzliches Geld in die Hand genommen, um die Unis auf Initiative der FDP mit einem 125-Millionen-Hochschulsonderprogramm besser auszustatten.

Eine zukunftsfeste Hochschulpolitik verlangt jedoch, dass die Finanzierung der Universitäten auf eine neue Grundlage gestellt werden. Neben der staatlichen Grundfinanzierung und der stärkeren Finanzierung durch Drittmittel braucht es

jedoch auch Studiengebühren. Diese sollen aber keineswegs die staatliche Finanzierung ersetzen, sondern helfen den Studierenden ein bessere Studienbedingungen zu bieten – also die Hochschulausbildung zu optimieren. Universitäten sollen nach unserer Überzeugung nicht nur die Höhe der Gebühren (nach Fach und sozialer Situation des Studienanwärters) selbst bestimmen, sondern in einem weiteren Schritt die Studierenden selbst auswählen dürfen. Damit wird das Qualitätsbewusstsein bei Lehrenden und Studierenden gestärkt werden. Studiengebühren geben Euch erstmalig die Wahlmöglichkeit, welche Hochschule mit welchem Angebot Euch die beste Ausbildung gibt.

Hochschulen sollen aber auch offener für Nicht-Gymnasiasten werden. Und so soll künftig auch Meistern und fachlich ebenso hoch-qualifizierten Erwerbstätigen der Zugang zur Universität eröffnet werden und Bildungsweg noch stärker individualisiert werden können.

Damit Familie und Hochschulbildung im Einklang miteinander stehen, hat Rheinland-Pfalz bereits heute das dritte Kindergartenjahr beitragsfrei gestellt. Zudem strebt die FDP eine schrittweise Erreichung der völligen Beitragsfreiheit an. Ebenso sollen aber auch Schulen zum Ziel engerer Vernetzung beitragen – so gibt es schon heute 304 Ganztagschulen im Land.

3. Schule

Bildung ist für Liberale ein Bürgerrecht. Jeder muss in unserem Land die gleichen Chancen auf Bildung und Ausbildung haben. Chancengleichheit sichert Zugang zu den Bildungseinrichtungen - nicht jedoch die Gleichheit der Ergebnisse; deswegen wird es mit der FDP keine Einheitsschule geben. Wir stehen für ein gegliedertes Schulsystem, in dem jedes Kind entsprechend seines individuellen Leistungsvermögens gefordert und gefördert wird. Damit sollen den jungen Menschen – wie zum Beispiel im Bereich der neuen Berufsoberschulen, die den Zugang zur Hochschule ohne Besuch eines Gymnasiums ermöglichen – Türen geöffnet werden, um entsprechend ihres individuellen Leistungsvermögens eine maximale Ausbildung zu erhalten.

Während in anderen Ländern Gelder für das Schulwesen gestrichen werden, setzt Rheinland-Pfalz bewusst einen finanziellen Schwerpunkt im Bereich der Bildung, zum Beispiel indem das letzte Kindergartenjahr beitragsfrei gestellt wurde, um durch

Stärkung der frühkindlichen Bildung einen reibungslosen Schuleinstieg – insbesondere ohne Sprachbarrieren – zu ermöglichen.

Zudem wurde der Ausbau von Ganztagschulen weiter vorangetrieben, um eine verbesserte Vereinbarkeit von Familie und Beruf/Ausbildung zu ermöglichen, das Sozialverhalten der Kinder zu stärken und vor allem individuelle Fähigkeiten fördern bzw. Defizite abbauen zu können. Nur bestmögliche individuelle Förderung ermöglicht Bildungskarrieren unabhängig vom familiären Hintergrund.

Schließlich tritt die FDP für eine Stärkung der Selbständigkeit der Schulen ein. Die Stärkung der pädagogischen, personellen und wirtschaftlichen Selbständigkeit eröffnet den Schülern die Chance, individueller auf die Bedürfnisse der Schülerinnen und Schüler einzugehen und eigene Profile auszubilden – sie soll allerdings mit regelmäßiger Evaluation, Beratung und Überprüfung von Bildungsstandards einhergehen.

4. Integration

Alle Kinder und Jugendliche in Rheinland-Pfalz müssen dieselben Chancen auf Bildung und Ausbildung haben – unabhängig von der jeweiligen Herkunft aber auch unabhängig von eventuellen Behinderungen: Schwerpunkt- und Förderschulen sollen die Integration der betroffenen Kinder und Jugendlichen sicherstellen.

Für die FDP hat die bestmögliche individuelle Förderung der Kinder und Jugendlichen oberste Priorität. Die soziale Lage der Eltern darf ebenso wenig über den Bildungsweg entscheiden wie das Fehlen sprachlicher Kompetenzen – sei es auf Grund von sozialen Gegebenheiten oder aber Migration.

Und so hat die FDP nicht nur dazu beigetragen, dass das letzte Kindergartenjahr bereits heute beitragsfrei ist, damit sprachlichen aber auch anderen individuellen Defiziten gezielter begegnet werden kann. Eine erfolgreiche Schullaufbahn kann nur befördert werden, wenn sprachliche Kompetenzen geschult werden, um Kinder frühestmöglich fördern zu können. Die Sprache ist somit Schlüssel für eine erfolgreiche Integration. Damit diese Grundlage geschaffen wird, fordert die FDP einen verbindlichen Sprachtest vor Eintritt in die Schule, um bei fehlenden Kenntnissen in einem verpflichtenden Jahr vor Schuleintritt durch gezielte Schulung die Grundlagen für ein erfolgreiches Durchlaufen von Grund- und weiterführenden Schulen sicherzustellen.

5. Religionsunterricht

In der Landesverfassung wird der christlich-abendländischen Kultur Verfassungsrang zuerkannt. Diese steht für Toleranz und Respekt zwischen gesellschaftlichen, ethnischen aber auch konfessionellen Gruppen. Vor diesem Hintergrund bieten die Schulen im Land Religionsunterricht als wichtiges Element der Wertevermittlung an. Hier können Schüler nicht nur die eigene, sondern auch die Ihnen fremden Religionen kennen und verstehen lernen.

Toleranz bedeutet Respekt vor den Werten des Andersdenkenden. Und so ist es den Schülern freigestellt, anstelle des Religionsunterrichts das Fach Ethik zu wählen.

Islamischer Religionsunterricht kann derzeit aufgrund des fehlenden Allgemeinvertretungsmandats der zahlreichen islamischen Gemeinschaften in Deutschland, leider nicht angeboten werden.

6. Antirassismus

Toleranz zeigt sich im Handeln. Und so hat sich in dieser Legislaturperiode der Landtag im Rahmen der Enquete-Kommission „Jugend und Politik“ mit den Erfahrungen von Jugendarbeit mit Extremen und Gewalt“ befasst. Das Land hat diese Probleme erkannt und in insgesamt 33 Schlussfolgerungen des Abschlussberichtes – deren Darstellung hier den Rahmen sprengen würde – Ziele und Grundsätze für die Bekämpfung jedweder Intoleranz formuliert. Diese sollen nach dem Willen der FDP – aber auch der anderen Parteien – Grundlage künftiger Bekämpfung von (Rechts-)Extremismus sein.